

II-3471 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1728 /J

1985 -11- 14

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. GUGERBAUER, Mag. KABAS
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Verfahrensverzögerungen bei der Ermittlung von Umweltstraf-
sachen

Die "Neue Kronenzeitung" für Oberösterreich zitiert in ihrer Ausgabe vom 13. Oktober 1985 unter der Überschrift "Umweltkriminalität: Staatsanwälte hilflos" eine Aussage des Leiters der Linzer Staatsanwaltschaft, Dr. Karl Hanke, daß die Staatsanwälte "bei der Verfolgung von Umweltkriminalität größeren Stils praktisch hilflos" seien. Der Leiter der Linzer Staatsanwaltschaft begründet diese Aussage einerseits mit dem Fehlen qualifizierter Gutachter, welche die Ursachen und Auswirkungen von Umweltverschmutzungen feststellen könnten, und weist andererseits darauf hin, daß für viele Schadstoffe verbindliche Grenzwerte fehlen bzw. gesetzliche Bestimmungen immer wieder geändert werden würden, was in Summe eine Reihe von Verfahrensverzögerungen bewirken würde.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die nachstehende

- 2 -

A n f r a g e:

1. Welchen Beitrag wird das neugeschaffene Umweltbundesamt zur personellen Situation im Bereich der für Umweltstrafsachen kompetenten Sachverständigen leisten?
2. Wie beurteilen Sie die Aussage des Leiters der Staatsanwaltschaft Linz, daß insbesondere das Fehlen von verbindlichen Grenzwerten zu Verfahrensverzögerungen in Umweltstrafsachen führen würde?